

Der Wahlkampf ist vorbei, nun geht es darum, die Wahlversprechen einzulösen. Die erste Gelegenheit dazu hatten jene Tübinger Stadträte, die im Planungsausschuss sitzen. Der tagte am Montag – es war die erste Gremiensitzung nach der Wahl. Auf

Käufer, um die der Bauherr wirbt, sollten reichlich solvent sein, denn der Quadratmeter Wohnfläche wird etwa 4250 Euro kosten. Das zumindest hat die Stadtverwaltung ausgerechnet.

Sie hat das nur deshalb getan, weil im November im Gemeinderat die Idee aufkam, in den Wilma-Häusern

zahlt. Für acht Wohnungen müsste die Stadt rund 600 000 Euro zuschießen. Mit so viel Geld könnte man aber anderswo statt der acht Wohnungen 14 kaufen, weil sie anderswo eben günstiger seien, rechnete Baubürgermeister Cord Soehlke dem Planungsausschuss vor.

Gerlinde Strasdeit war das egal.

Schwäbisches Tagblatt 6.6.2014

# Ein bisschen irre

## CDU und Linke ziehen an einem Strang für soziales Wohnen

der Tagesordnung: ein Bauprojekt der Stuttgarter Immobilienfirma Wilma. Die hat zwischen der Haußer- und der Nauklerstraße ein Grundstück vom Land gekauft, das sie bebauen wird. Teuer war das Grundstück. Wie teuer, war nicht in Erfahrung zu bringen. Nur so viel: Das Land vergab den Platz mal wieder zum Höchstpreis.

Wilma plant dort fünf „moderne Stadtvillen“, wie sie auf ihrer Homepage wirbt. Mit Villen im klassischen Sinn haben die Blocks allerdings nicht viel zu tun: In jedem der Häuser sind sieben bis acht Wohnungen untergebracht, insgesamt 38. Die

sozialen Wohnungsbau zu integrieren. Wilma freilich hat daran kein Interesse und machte das der Verwaltung auch klar. Die hat rechtlich keine Handhabe, um den Bauherrn zu zwingen: Wilma darf alles auf dem Gelände bauen, was der Bebauungsplan zulässt. In einem solchen kann eine Quote für sozialen Wohnungsbau aber nicht festgelegt werden. Immerhin ist es der Verwaltung gelungen, „einen angemessenen Städtebau“ zu erreichen.

Aber eben keinen sozialen Wohnungsbau. Nun könnte aber die städtische GWG einige der Wohnungen kaufen und sie günstig vermieten. Das aber geht nur, wenn die GWG – und damit die Stadt – drauf-

Wie vor der Wahl versprochen, forderte sie rundheraus eine Quote von 30 Prozent für sozialen Wohnungsbau in dem Projekt, was elf Wohnungen entspricht. Der Bauherr sollte diese Forderung gefälligst erfüllen. Dass die Stadt eine wie auch immer geartete Quote aber nicht von Wilma verlangen kann, wollte sie nicht einsehen, auch nicht, als Soehlke mehrmals wiederholte, dass die Stadt keine rechtliche Handhabe habe und Wilma ohnehin bauen könne, wie sie wolle: „Die haben das Baurecht!“ Strasdeits Beharren bezeichnete Dietmar Schöning (FDP) schließlich als „ein bisschen irre“.

Für eine echte Überraschung sorgte dann allerdings Albrecht Kühn von

der CDU, als er beantragte, die Stadt solle die 600 000 Euro für diese acht Wohnungen ausgeben und das Geld dann halt vom Land zurückfordern. „Wir sehen nicht ein, dass wir Boden schaffen für Leute, die über 4000 Euro pro Quadratmeter zahlen können. Auch weniger Verdienende sollen das Recht haben, an einem solchen Ort zu wohnen“, argumentierte Kühn. Soehlke war einigermaßen perplex. „Ich halte das für unwirtschaftlich“, sagte er. Kühn konterte prompt: „Ich halte das für sozial.“

Ursula Welz (UFW) schließlich plädierte dafür, den Begriff „sozialen Wohnungsbau“ nicht mehr zu verwenden, weil man damit gleich „so was Heruntergekommenes“ verbinde. Lieber solle die Stadt doch an gescheiterte Existenzgründer billig vermieten, weil die Geld bräuchten, um „wieder hochzukommen“.

Kühn bekam Rückendeckung von Gottfried Gehr (WUT) und am Ende auch von Gerlinde Strasdeit. Sie hatte für ihren Antrag, vom Bauherrn die 30 Prozent sozialen Wohnungsbau zu fordern, nur eine Stimme bekommen – ihre eigene. Die Mehrheit jedoch plädierte dafür, die 600 000 Euro lieber so einzusetzen, dass möglichst viel erreicht wird: mehr Sozialwohnungen, die Unterstützung von Wohntauschprogrammen oder Zuschüsse für den Baulanderwerb. Zumal in diesem Jahr nur 800 000 Euro für derartige Projekte im Haushalt sind. SABINE LOHR